



DKP-STADTINFO NR. 35/ Juni 2020

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • info@dkp-marburg.de



Guten Tag.

Ich heiße Tanja Bauder-Wöhr, bin Stadtverordnete der MARBURGER LINKEN und Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Nach jeder Stadtverordnetenversammlung möchte ich Ihnen, liebe Marburgerinnen und Marburger, immer mit unserem Flugblatt „DKP-Stadtinfo“ berichten, was dort so passiert ist. Vieles werden Sie schon aus der Presse erfahren haben. Ich selbst werde Ihnen dann meine Ansicht über die Themen vortragen, die ich für besonders wichtig halte. Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, wenden Sie sich bitte an mich. Ich bin leicht zu erreichen, u. a. über www.dkp-marburg.de/ und www.facebook.com/DKP.Marburg/ oder direkt via Email: t.bauder@gmx.de

Mehr Personal und Geld für die Gesundheit! Runter mit der Rüstung – Kriegspolitik stoppen!



Alle Jahre wieder findet der 1. Mai - Kampftag der Arbeiterklasse - statt. Dieses Jahr als Kundgebung und mit 2m Abstand und Maskenpflicht.

Dennoch, für uns war es ein Erfolg: Circa 150 Leute sind, verteilt auf drei Kundgebungen, am 1. Mai da gewesen.

Und auch wir konnten in unserer Rede unsere Forderungen laut äußern:

Dafür, dass diese Krise nicht auf unserem Rücken getragen wird! Für die Verteidigung der Demokratie - Auch in Krisenzeiten!

Gegen den 12-Stunden-Tag und Sonntagsarbeit, stattdessen für Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich!

Dafür, dass die Gesundheit nicht weiter in der Hand der Konzerne liegt!

Für Frieden, Abrüstung und Solidarität!

Für einen starken und kämpferischen 1. Mai!

Zehntausende Menschen haben sich in der BRD bereits mit dem Corona-Virus angesteckt und die Zahl derer, die im Krankenhaus oder sogar auf einer Intensivstation behandelt werden müssen, steigt weiter an. Der Virus ist als solcher schon gefährlich, da er ansteckender als eine normale Grippe ist und sich schnell verbreitet. Die Maßnahmen der Bundesregierung zielen darauf, das bundesdeutsche Kapital möglichst gut durch die Krise zu bringen. Im Schatten der Krise wird der Notstand inklusive des Bundeswehreinsatzes im Innern geübt. Demokratische Grundrechte werden außer Kraft gesetzt. In der jetzigen Krise zeigt sich, dass dieses System nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Während dringend medizinisches Personal gebraucht wird, gelingt es nicht, die Kolleginnen und Kollegen mit angemessener Schutzkleidung auszustatten und sie täglich zu testen, um weitere Ansteckungen zu vermeiden. Während händeringend Bettenkapazitäten gebraucht werden, melden private Kliniken Kurzarbeit an,

aus Angst vor Gewinnverlusten oder sie belegen Betten mit geplanten Operationen. Während Hygiene an erster Stelle stehen muss, werden Reinigungsarbeiten auf ein Mindestmaß reduziert. Das Virus trifft auf ein Gesundheitswesen, das in den letzten Jahrzehnten gezielt und systematisch der kapitalistischen Marktlogik unterworfen wurde.

Schon im Normalzustand fehlte es im Gesundheitswesen an Personal. Nach der Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2002 wurden innerhalb von drei Jahren 33.000 Stellen in der Pflege abgebaut, viele öffentliche

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema Gesundheit
– dort weiter, wo andere
Medien längst schweigen.**

Ich möchte gerne (gratis):

- ☐ Die UZ sechs Wochen
Probelesen (Print & Online)!
Der Bezug endet automatisch
- ☐ Das EU-Wahlprogramm der DKP
- ☐ Weitere Informationen über
die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: DKP-Parteivorstand
Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Krankenhäuser wurden privatisiert, Reinigung und Transport wurden ausgelagert,... Mehr Betten und mehr Beatmungsgeräte allein reichen nicht aus, wir brauchen die Kolleginnen und Kollegen, die sie bedienen und Patienten versorgen können. Die intensivmedizinischen Fachgesellschaften haben bereits Empfehlungen für eine so genannte Triage vorgelegt, nach denen bestimmt werden soll, wer noch versorgt wird und wer nicht. Wie immer wird es die Alten, die Armen und die Ausgegrenzten am härtesten treffen.

Was es jetzt braucht, ist der gezielte und geplante Einsatz der vorhandenen Mittel, sei es Geld, Produktionsanlagen und – am allerwichtigsten – Personal, um der drohenden Versorgungskrise im Gesundheitswesen entgegen zu treten.

Die Gesetze, die Gesundheitsminister Spahn vorgelegt hat, sind nicht darauf ausgerichtet, diese Probleme zu lösen. Es wird am Prinzip der Fallpauschale festgehalten. Kliniken erhalten finanzielle Anreize in Form eines erhöhten Pflegebudgets, um mehr Personal einzustellen. Sie sind aber weder dazu verpflichtet einzustellen, noch müssen sie am Ende des Jahres nachweisen, dass sie das Geld für Personal ausgegeben haben.

Die Aussetzung der Qualitätskontrolle in den Pflegeheimen, verbunden mit der Besuchssperre für die Angehörigen, führt zu unkontrollierbaren Zuständen in den Pflegeheimen. In Wolfsburg mussten in einem Pflegeheim der Diakonie erst 15 Menschen sterben, bevor überhaupt getestet und Quarantänemaßnahmen umgesetzt wurden.

Wir fordern:

- Mehr Personal in Krankenhäusern und Pflegeheimen! Höhere Löhne für die Beschäftigten im Krankenhaus – nicht nur in der Krise! Sofortige Zahlung eines Pandemiezuschlags als erster Schritt.
- Sofortige Abschaffung der Fallpauschale und Wiedereinführung des Selbstkostendeckungsprinzips! Rücknahme der Privatisierung! Kein Profit mit der Gesundheit!
- Umsetzung aller notwendigen Schutzmaßnahmen für Beschäftigte im medizinischen Bereich, Hygiene-Schulungen für das gesamte Personal, auch für Reinigungskräfte, Fahrer und Therapeuten.
- Sofortige Wiedereinführung der Qualitätskontrollen in den Pflegeheimen! Tests für Angehörige von Pflegeheimbewohnern und Schwerkranken! Besuchserlaubnis bei Negativ-Testung!
- Beschlagnahmung privater Kliniken bei Anmeldung von Kurzarbeit, staatlich

angeordneter Stopp aller vermeidbaren geplanten Operationen

- Beschlagnahmung von Schutzmaterial aus nicht-lebenswichtigen Betrieben;
- Staatliche Eingriffe zur Umstellung auf die Produktion von jetzt notwendigen Gütern.

- Aufhebung aller internationaler Sanktionen zur Bekämpfung der Pandemie!

- Mehr Geld für das Gesundheitswesen!

Die Politik der Bundesregierung angesichts der Krise zeugt von Zynismus. Die Corona-Pandemie hat zwar das Kriegsmanöver „Defender 2020“ gestoppt, aber die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden fortgeführt. Auch die Sanktionen gegenüber Ländern wie Kuba, Venezuela, dem Iran und Syrien werden nicht gestoppt. Dadurch wird eine effektive Bekämpfung der Pandemie verhindert. Auf die Hilfsangebote Chinas wird nur zögerlich reagiert. Dabei sind im Gegenteil Chinas Hilfe und die Bündelung aller Anstrengungen zur Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen nötig. Auch hier erweist sich das Prinzip der kapitalistischen Konkurrenz als kontraproduktiv zur Lösung der Probleme.

Wir fordern:

- Absage an das 2-Prozent-Ausgabenziel der NATO! Raus aus der NATO und runter mit der Rüstung! Stattdessen Erhöhung des Gesundheitshaushaltes!
- Bereitstellung der Ressourcen der Bundeswehr für die Bekämpfung der Epidemie unter ziviler Leitung! Öffnung der Bundeswehrsanitätsdepots!
- Bündelung aller Kapazitäten und internationale Zusammenarbeit zur Entwicklung von Medikamenten und einem Impfstoff!
- Sofortige Annahme der Hilfsangebote aus China! Internationale Solidarität statt Konkurrenz!



Auch am 8. Mai waren wir gemeinsam mit vielen anderen Marburgern und Marburgerinnen auf der Straße